



FDP Harsewinkel

Kommunalwahlprogramm 2009



Grundsatz

Am 30. August 2009 geht es nicht nur um eine kommunalpolitische Entscheidung, nicht nur um die Zusammensetzung des Rates der Stadt Harsewinkel, sondern auch darum, die absolute Mehrheit der CDU zu verhindern.

Seit der letzten Kommunalwahl ist die FDP mit nur einer Stimme im Stadtrat von Harsewinkel vertreten. Mit Ihrer Unterstützung kann sich dies nach der Kommunalwahl am 30. August 2009 ändern.

Hierfür werben wir um Ihre Stimme.

In den vergangenen Jahren konnte die FDP im Stadtrat wichtige Entscheidungen initiieren und mit unserer Stimme zum Erfolg verhelfen.

- Die kontinuierliche Senkung der Grundsteuer B in den Jahren 2007 und 2008 auf nunmehr 260 v.H. und die Senkung der Gewerbesteuer auf 370 v.H. Damit nimmt Harsewinkel im Kreisvergleich der 13 Kommunen bei der Gewerbesteuer den dritten Platz und bei der Grundsteuer sogar den zweiten Platz ein.
- Der Bau der Umgehungsstraße in Marienfeld in Kooperation mit einem Privatinvestor trägt klar die liberale Handschrift, dass Privat vor Staat gestellt werden muss.
- Durch die mit unserer Stimme beschlossene konsequente Einführung der Stadtwacht haben sich die Kosten durch Vandalismus in den beiden letzten Jahren deutlich reduziert. Die öffentliche Sicherheit und Ordnung hat sich dadurch nachweislich verbessert.

Dies sind nur einige Punkte die zeigen, dass die FDP vor Ort etwas bewegen kann.

Allerdings gibt es weitere Themen, insbesondere der Umgang mit Ihren Steuermitteln vor Ort, die dringend eine verstärkte liberale Handschrift benötigen.

Die letzten Jahre haben nicht nur in Berlin gezeigt, dass die Sozialdemokratisierung der Union in hohem Maße vorangeschritten ist. Die FDP ist die einzige Partei, die Ludwig Erhard heute wählen würde.

Das Gesundheitssystem ist durch die s.g. Reform teuer und bürokratischer – aber nicht besser geworden.

Auf dem Arbeitsmarkt bauen bürokratische Regelungen nach wie vor hohe Hürden für die Schaffung von Arbeitsplätzen auf.

Helfen Sie mit vor Ort eine Rückbesinnung auf die Grundprinzipien unserer sozialen Marktwirtschaft zu stärken. Liberale wissen, dass jeder Euro der ausgegeben werden soll, erst mal erwirtschaftet werden muss. Im Stadtrat sind wir die einzigen, die Erwirtschaften vor Verteilen und Privat vor Staat stellen.

Für uns sind ein Leistungsbelohnendes Steuersystem, Generationengerechtigkeit und gleiche Bildungschancen keine leeren Schlagwörter.

Mit uns als FDP wird keine Agenda zurückgedreht, in der richtigerweise Fordern und Fördern als Leitmotiv festgeschrieben ist.

Wir als FDP beziehen klar Stellung gegen den wachsenden Zuspruch für extremistische Parteien.

Dafür benötigt die FDP Ihre Unterstützung.

Wirtschaft, Arbeit und Verkehr

Harsewinkel zählt zu den wirtschaftsstarken Gemeinden im Kreis.

Damit das auch künftig so bleibt, dürfen wir diese Tatsache nicht länger als eine Selbstverständlichkeit betrachten und müssen deshalb neue Wege in der kommunalen Wirtschaftsförderung beschreiten. Die Erschließung neuer Gewerbeflächen nur mit Kanal und Straßen genügt in einer globalisierten Welt nicht mehr.

Die FDP Harsewinkel will die Unternehmen unserer Gemeinde fördern. Dazu brauchen Unternehmen Rahmenbedingungen, die Expansion erleichtern und den Bestand nicht gefährden.

Unsere Betriebe sind ein Garant für den Wohlstand in Harsewinkel.

Die Ansiedlung weiterer hochwertiger Betriebe ist unser erklärtes Ziel und muss durch eine optimale Vermarktung / Zusammenfassung der Gewerbeflächen zu einem **Gewerbepark** erfolgen.

Die FDP wird sich für die Konzeptionierung und Umsetzung von Gewerbeparks einsetzen.

Durch eine bedarfsorientierte und zielgenaue Ansiedlung von Zulieferbetriebe, insbesondere von Logistikbetrieben, kann der Wirtschaftsstandort Harsewinkel gefestigt und weiterentwickelt werden.

Eine enge Verzahnung mit der Kreiswirtschaftsförderung halten wir nicht nur für geboten, wir werden diese auch besonders einfordern.

Die FDP befürwortet ganz ausdrücklich einen **schnellen Lückenschluss für die A33** zwischen Bielefeld und der A1. Diese notwendige Anbindung an das Autobahnnetz ist lange genug von Rot-Grün aus rein Ideologischen Gründen blockiert worden.

Darüber hinaus muss sich die Stadt Harsewinkel nach unserer Vorstellung schon heute für die Zeit nach Fertigstellung der A 33 positionieren. Es ist zu überlegen, wie die jetzigen Umgehungsstraßen in Zukunft gestaltet werden und so ein Beitrag zur Attraktivitätssteigerung des Wirtschaftsstandortes Harsewinkel leisten können.

Überreglementierungen von Unternehmen und Gewerbe sind zu vermeiden, da sie zu Abwanderungen von Firmen in andere Gemeinden führen und Neuansiedlungen verhindern. Aus diesem Grund sind alle Unternehmen und Gewerbe betreffenden Normierungen ständig auf ihre Notwendigkeit hin zu überprüfen und gegebenenfalls unverzüglich zu streichen. Hierunter fallen nach Auffassung der FDP insbesondere bürokratische Auflagen wie beispielsweise Erhebung von statistischen Daten oder unnötige Immissionsschutzanforderungen.

Die **Stadtentwicklung** mit dem besonderen Aspekt der Innenstadtbelebung ist ein erklärtes Ziel der FDP. Mit dem Kirchplatz hat die Stadt Harsewinkel ein unverwechselbares Zentrum, welches nicht Gegenstand rein ideologischer Auseinandersetzungen werden darf.

Die verkehrstechnische Entwicklung des Zentrums muss stärker in Aktivitäten zur Belebung der Innenstadt und des **Einzelhandels** einbezogen werden. Die FDP erteilt einer Schädigung des Einzelhandels durch teilweise oder komplette Fahrverbote eine eindeutige Absage.

Die Meinung und Erfahrung des Einzelhandels vor Ort hat einen hohen Stellenwert für die FDP. Dort werden Arbeitsplätze geschaffen, dort gilt es diese zu erhalten.

Die FDP lehnt **einseitige Belegungsstrukturen** in Wohngebieten ab.

Eine Konzentration bestimmter Bevölkerungsgruppen in Bau- und Wohngebieten findet im Besonderen nicht unsere politische Zustimmung. Dies gilt ausdrücklich auch für an die Verwaltung und Politik herangetragene Wünsche, in der Nähe von neuen Religionszentren bestimmte "Glaubens-Viertel" einzurichten.

Wir unterstützen jede kommunale Einflussmöglichkeit derartige künftige soziale Brennpunkte zu vermeiden. Wir sind der Auffassung dass eine, wenn auch freiwillige Konzentration, in einem Viertel letztendlich zur Abschottung und Nicht-Integration führt.

Finanzen und Steuern

Solide Finanzplanung ist im Interesse **künftiger Generationen** unerlässlich und ist der eine Leitgedanke zur Gestaltung unserer Finanzpolitik vor Ort.

FDP- Finanzplanung muss langfristig eine Rückführung der städtischen Verschuldung gewährleisten.

Besondere Bedeutung hat für die FDP der behutsame Umgang mit den Möglichkeiten der kommunalen Steuergestaltung. Grund- und Gewerbesteuer sollten nicht über die Landesvorgaben hinaus erhöht werden.

Besteht aufgrund guter wirtschaftlicher Entwicklungen vor Ort die Möglichkeit zur **Senkung von Steuern**, so ist diese grundsätzlich anzustreben.

Nach Auffassung der FDP ist es eine politische Pflichtaufgabe bei finanziellem Verteilungsspielraum, diesen an den Bürger und seine Familie zurückzugeben.

Wenn es zu Steuererhöhungen kommt, so dürfen diese nur befristet erfolgen, da die Erfahrung zeigt, dass einmal vorgenommene Steuererhöhungen nicht wieder zurückgenommen werden.

In Anbetracht zurückgehender Zuschüsse von Bund und Land muss die Investitionskraft der Stadt Harsewinkel gesichert werden. Auch in Zukunft müssen hierzu **Rücklagen** aufgebaut werden, um diese bei Bedarf zu ihrem eigentlichen Zweck - nämlich der Finanzierung von Investitionen - nutzen zu können. Nur in Krisenzeiten dürfen die Rücklagen zum Ausgleich des Haushalts verwendet werden.

Bei der Finanzierung von öffentlichen Investitionen hat die FDP eine klare und eindeutige Prioritätenreihenfolge.

- 1. Investitionen in Bildung, die alle Schulformen gleichermaßen berücksichtigt**
- 2. Stärkung der Familien vor Ort, als der zentrale gesellschaftlicher Eckpfeiler**
- 3. Bestmögliche Sprachförderung in Kindergärten und Grundschulen**

Die FDP unterstützt die Forderung der Marienfelder Vereine nach einem **Bürgerhaus**. Der mit Blick auf die noch nicht absehbaren Folgen der aktuellen Finanz- und Wirtschaftskrise vom Rat beschlossene Finanzierungsvorbehalt für größere Investitionen außerhalb von Bildungseinrichtungen muss allerdings auch bei schon lange gehegten Wünschen unbedingt beachtet werden.

Nach Ansicht der FDP dürfen die zukünftige finanzielle Leistungsfähigkeit der Stadt und die Erfüllung ihrer Kernaufgaben nicht gefährdet werden.

Die hierbei zu beachtende Nachhaltigkeit der Ressourcenverwendung und intergenerative Gerechtigkeit sind wesentliche Ziele gerade auch des **NKF** (Neues Kommunales Finanzmanagement). Mit der Einführung des NKF und der Ablösung der ausschließlich auf den Geldfluss ausgerichteten Kameralistik erhalten Verwaltungsleitung und Politik in Harsewinkel jetzt gleichermaßen ein an kaufmännischen Grundsätzen orientiertes Haushalts- und Rechnungswesen.

Im Rahmen der immer enger werdenden finanziellen Möglichkeiten können hierdurch Kosten- und Leistungsstrukturen optimiert und Effektivität, Wirtschaftlichkeit und Qualität der kommunalen Leistungen verbessert werden. Die durch einen NKF- Haushalt gewährleistete Kosten-, Leistungs- und Wirkungstransparenz ermöglicht eine wirtschaftliche Planung, Steuerung und Kontrolle. Strategisches und operatives Controlling erfordern eindeutige und **klare Zielvorgaben**, konkrete Zielvereinbarungen auf allen Verwaltungsebenen und konkret umschriebene, messbare Arbeitsergebnisse, die Auskunft geben über Effizienz und Effektivität des Verwaltungshandelns.

Modernes Finanzmanagement erfordert aber auch die Bereitschaft und Fähigkeit aller Beteiligten in Politik und Verwaltung, in wirtschaftlichen Kategorien zu denken, zu entscheiden und zu handeln. Die FDP wird diesen Prozess des Umdenkens konstruktiv und motivierend begleiten, damit die Chancen des neuen kommunalen Finanzmanagements im Sinne einer sparsamen Verwaltung genutzt werden können.

Im Rahmen der **Verwaltungsreform** ist die Privatisierung weiter voranzutreiben.

Alle städtischen Dienstleistungen gehören auf den Prüfstand, nach Auffassung der FDP darf es hier keine Tabus geben.

Was private Dienstleister ebenso gut oder günstiger anbieten können, ist zu privatisieren.

Teilbereiche der Verwaltung müssen noch stärker privater Konkurrenz ausgesetzt werden.

Privatisierung muss dort konsequent vorangetrieben werden, wo Marktmechanismen vorhanden sind oder sich entwickeln können, um Wettbewerbsvorteile zu erreichen und an die Bürger, der die Verwaltung finanziert, weiter zu geben.

Die FDP will verhindern, dass die auf Bundesebene zu beobachtende Tendenz zu einer

Überbegutachtung bei Entscheidungsprozessen auch auf die Kommunen überschwappt.

Oftmals bringen Gutachten wenig neues, verursachen aber immense Kosten vor Ort und rauben Zeit.

Entscheidungen sollten in erster Linie mit gesundem Menschenverstand getroffen werden und

Gutachten nur dort angefordert werden, wo es um spezielle Fachfragen geht.

Für die FDP gilt: Im Zweifelsfall machen wir es selbst und verlassen uns nicht auf andere.

Kinder und Familien fördern

Der **demographische Wandel** verändert unsere Gemeinde. Unsere Bevölkerung wird zunehmend älter, gleichzeitig steigt der Anteil zugewanderter Mitbürger. Die FDP tritt dafür ein, diesem gesellschaftlichen Wandel offensiv zu begegnen und seine Chancen und Risiken als wesentliche Querschnittsaufgabe zu begreifen, die nahezu alle Bereiche unserer Politik vor Ort betrifft.

Unsere Stadt braucht tragfähige **Handlungskonzepte**, die alle Beteiligten einbinden und zu einem gesamt Ansatz vernetzen. Die FDP will, dass künftig alle kommunalpolitischen Entscheidungen dahingehend überprüft werden, ob sie der demographischen Entwicklung gerecht werden.

Hierfür braucht unsere Stadt klare **Handlungsprioritäten**. Dies gilt insbesondere für hohe Investitionen in nicht bildungsrelevante Bereiche. Nur wenn wir in die Bildung von Kindern, Jugendlichen und deren Familien investieren, sind wir dauerhaft zukunftsfähig. Dafür brauchen wir zielgruppenorientierte und angemessene Angebote für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie und ein attraktives Bildungsangebot.

Auf Initiative der FDP erhalten alle Kinder ab dem vollendeten zweiten Lebensjahr im Jahr 2010 einen **Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz**. Zudem wollen wir die Familien finanziell durch den schrittweisen Abbau von KiTa-Beiträgen entlasten.

Mit der Stimme der FDP wurde der Kindergartenbeitrag für das Jahr 2009 insbesondere für die unteren Einkommensschichten deutlich und damit spürbar gesenkt.

Die FDP setzt sich für ein plurales Angebot an Kindertageseinrichtungen aller Trägergruppen ein, damit Eltern zwischen unterschiedlichen Grundrichtungen der Erziehung selbst wählen können.

Seniorenpolitik und Umweltschutz

Seniorenpolitik ist nicht nur Hilfe, sondern auch Integration alter Menschen in alle Lebensbereiche unserer Gesellschaft. Schon heute wird auch durch das **Engagement nichtkommunaler Träger** viel für Senioren in Harsewinkel getan. Die Liberalen begrüßen ausdrücklich dieses Engagement.

Viele Ältere sind bereit, ehrenamtlich Verantwortung zu übernehmen. Die FDP will zur stärkeren Mitwirkung in Seniorenvertretungen motivieren und neue Anreize zur Erschließung der vorhandenen Potenziale für ehrenamtliche Tätigkeiten schaffen.

Wir wollen einen stärkeren **Generationendialog**, in dem die Jungen von dem Wissen der Älteren profitieren.

Gerade dieser Aspekt wird in Harsewinkel im Rahmen der schulischen und praktischen Ausbildung und Vorbereitung auf den Beruf in vorbildlicher Weise umgesetzt.

Hohe Lebensqualität braucht eine gesunde und intakte Umwelt.

Der **Umweltschutz** hat für die Liberalen seit Jahrzehnten hohe Priorität. Daher setzt sich die FDP dafür ein, dass durch persönlichen Einsatz der Bürger (z. B. Vereine oder Schulen pflegen öffentliche Grünflächen in Patenschaft) ein Optimum an Umweltschutz verwirklicht wird.

Um unsere Stadt lebendig zu gestalten, brauchen wir eine attraktive Infrastruktur, die Mobilität unterstützt. Mobilität ist von großer Bedeutung sowohl für die Lebensqualität der Bürgerinnen und Bürger als auch für die Leistungsfähigkeit von Unternehmen.

Daher setzt sich die FDP für ein Miteinander von Individualverkehr, öffentlichem Personalverkehr, Fahrradfahrern und Fußgängern ein.

Schule und Bildung

Libérale Schul- und Bildungspolitik orientiert sich an den **individuellen Fähigkeiten** jedes Einzelnen. Bildung ist die Voraussetzung zur verantwortungsvollen, toleranten und kompetenten Teilnahme und Teilhabe an unserer Gesellschaft.

Die FDP wird sich für die **Erhaltung des dreigliedrigen Schulsystems**, einer weiteren Förderung der Ganztagsgrundschule einschließlich einer flexiblen Eingangsstufe vor Ort einsetzen.

Bereits heute hat Harsewinkel ein gut ausgebautes dreigliedriges Schulsystem, in dem sowohl leistungsstärkere als auch leistungsschwächere Schüler optimal gefördert werden können. Dieses bewährte System einschließlich der individuellen Förderung und die frühzeitige und umfassende Unterstützung bei der Persönlichkeitsbildung und Berufsvorbereitung muss vor Ort weiterentwickelt werden.

Die FDP bekennt sich ausdrücklich zur Hauptschule vor Ort. Die Hauptschule ist eine wichtige, eigenständige Schulform innerhalb des gegliederten Schulwesens. Die Hauptschule hat eine klare Zukunftschance. Dies zeigt sich erfreulicherweise in Harsewinkel besonders deutlich, am überregionalen Erfolg unserer engagierten Hauptschule.

Das Programm der Bereitstellung von **Sozialarbeitern an Hauptschulen** muss fortgeführt werden, denn diese Kräfte sind wie die Schulpsychologen zur Unterstützung der Erziehungs- und Bildungsarbeit sehr wertvoll. Für Schulen mit einem hohen Anteil an Schülern mit Migrationshintergrund müssen mehr Ressourcen für Fördermaßnahmen bereitgestellt werden, um so der Entstehung sozialer Problemzonen entgegenzuwirken.

Die FDP fordert angesichts der spezifischen Anforderung in der Hauptschule Fördermaßnahmen vorrangig dieser Schulform zukommen zu lassen (z.B. durch Zuweisung zusätzlicher Lehrer, Entlastungsstunden oder Verringerung der Klassengrößen).

Erfolgreiche Hauptschulen dürfen nicht durch politische Fehlentscheidungen in ihrer Leistungsentwicklung beeinträchtigt werden.

Die FDP unterstützt ausdrücklich die Bildung von Schulprofilen um damit jeder Schulform die Möglichkeit zu geben, schulspezifische Schwerpunkte zu entwickeln und so für sich zu werben.

Wegen der immensen Bedeutung der **Naturwissenschaften** für die künftige Wettbewerbsfähigkeit des Standortes Deutschland muss das Interesse der Schüler für diese Fachbereiche möglichst früh geweckt werden. Die Liberalen fordern daher, dass die Präsenz von Naturwissenschaften in der Schule, insbesondere auch in der Grundschule, erhöht wird.

Die bereits erfolgreiche Zusammenarbeit zwischen der regionalen Wirtschaft und den jeweiligen Schulen muss weiter gefördert werden.

Die FDP unterstützt die Einführung von mehr **Ganztagsangeboten** in unterschiedlichen Ausprägungen in allen Schularten. Die Ganztagschule hat für uns nicht nur bildungspolitische, sondern auch sozialpolitische Gründe.

Wir wollen den Frauen, aber auch den Männern die freie Wahl zwischen Beruf und Familie ermöglichen, ohne dass sie um die Betreuung ihrer Kinder Sorge haben müssen.

Die Ganztagschule soll Begabungen der Kinder und Jugendlichen fördern und Defizite kompensieren.

Der Elementarbereich der Bildung muss mit Vorrang gestärkt werden. Frühkindliche Bildung ist der entscheidende Faktor für die Chancengerechtigkeit am Start. Faire Chancen sind eine Grundvoraussetzung, um Kindern aus allen sozialen Schichten eine bessere Zukunft zu ermöglichen. Jedes Kind muss beim Eintritt in die Grundschule dem Unterricht folgen können.

In Anbetracht zunehmender gesundheitlicher Probleme bereits bei Kindern und Jugendlichen kommt der Förderung des Schulsports besondere Bedeutung zu. Die Stadt Harsewinkel hat optimale Sportmöglichkeiten für alle Schulstandorte zu gewährleisten.

Für die FDP hat die Förderung des Schulsportes eindeutig Vorrang vor dem Vereinssport.

Sicherheit, Verbrechensbekämpfung und liberale Bürgergesellschaft

In unserer freiheitlichen und offenen Gesellschaft ist Sicherheit ein elementares Bedürfnis der Menschen und trägt zu einer hohen **Lebensqualität** bei.

Gewalt und Kriminalität müssen mit den Mitteln der Polizei und der Justiz kompromisslos bekämpft werden. Wir als FDP nehmen die Ängste der Menschen vor Straftaten sehr ernst.

Die Stadt Harsewinkel muss daher auch in Zukunft für ein **Höchstmaß an Sicherheit** sorgen und die Aufgabe der Gefahrenabwehr als Ordnungsbehörde genauso konsequent wie bisher wahrnehmen, um präventiv Straftaten und Ordnungswidrigkeiten entgegenzuwirken.

Die mit unseren Stimmen eingeführte **Stadtwacht** hat sich bewährt und ist ein Erfolgsmodell. Die FDP wird sich nachdrücklich für die Beibehaltung und die Stärkung der Stadtwacht einsetzen.

Ebenso wie die Stadtwacht halten wir den behutsamen Einsatz der **Videoüberwachung** in besonderen Einzelfällen für ein geeignetes und bewährtes Mittel zur Kriminalitätsprävention. Vandalismus und die Bildung s.g. Angsträume können damit effektiv vermieden werden.

Wir als FDP verschließen uns nicht aus rein ideologischen Gründen der offensichtlichen Tatsache, dass zunehmende Gewaltbereitschaft unter Jugendlichen mit **Migrationshintergrund** auch etwas mit fehlgeschlagener Integrationspolitik zu tun hat.

Mit Sprachförderung und Bildung schaffen wir Lebens- bzw. Berufsperspektive und vermeiden dadurch ein Abgleiten in Kriminalität.

Wir fordern neben der Förderung der Sprachkompetenz **ganz ausdrücklich die Vermittlung der Grundwerte unseres freiheitlichen und demokratischen Rechtsstaates**. Wir werden uns vor Ort für eine umfassende Schulpflicht einsetzen. Wir verstehen auch Schule als einen maßgeblichen Ort einer gelebten Integration.

Auch beim Sportunterricht, speziell beim Schwimmunterricht, sowie beim Sexualkundeunterricht muss die Schulpflicht durchgesetzt werden.

Hier wenden wir uns als Liberale ganz ausdrücklich gegen falsch verstandene Toleranz.

Eine **liberale Bürgergesellschaft** bedeutet für uns ausdrücklich nicht eine Kultur des Wegsehens, wenn es um Parallelgesellschaften oder um die Gleichstellung von Mann und Frau geht. Die FDP steht für eine Kultur des Hinsehens und Helfens.

Die Liberalen wollen jeden einzelnen Menschen die Möglichkeit geben, sein Lebensumfeld mitzugestalten und seine Interessen und Sichtweisen in die politischen Entscheidungen vor Ort einzubringen. Die Kommune ist der ideale Ort für **bürgerschaftliches Engagement**.

Daher will die FDP durch Abbau von Vorschriften und überflüssigen Regeln mehr Eigeninitiative ermöglichen.

In einer liberalen Bürgergesellschaft muss die Verwaltung für die Bürgerinnen und Bürger transparenter werden und mehr **Bürgerbeteiligung** zulassen. Mit der Reform der Gemeindeordnung hat die FDP in der Landesregierung die demokratischen Beteiligungsmöglichkeiten bereist gestärkt. So können beispielsweise die Bürger anstelle des Rates per Ratsbürgerbescheid über eine wichtige Angelegenheiten der Kommune selbst entscheiden.

Allerdings sind Bürgerinnen und Bürger oft nur mangelhaft über ihre Mitwirkungsmöglichkeiten informiert. Die FDP sieht Bürgerinnen und Bürger nicht als lästige Bedenkenträger, sondern will sie aktiv und frühzeitig an der Ausarbeitung von Planungsvorhaben beteiligen.

Zum besseren Dialog zwischen Verwaltung und Bürgern gehört auch eine verständliche Sprache. In Schreiben der Verwaltung müssen daher Fachwörter entweder erläutert oder weggelassen werden.